

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

„Für ein starkes Sachsen – Staat modernisieren, Bürokratie abbauen“, gab Justizminister Martens jüngst in einer Fachregierungserklärung als Devise aus. Durch Strukturveränderungen und Bürokratieabbau wolle man Staat und Verwaltung effizienter gestalten. Kern des schwarz-gelben Umbaus ist jedoch bloßer Abbau, vor allem beim Personal des Freistaates. Vor Jahren hatte der Ministerpräsident angekündigt, dessen Stärke von 87.000 auf 70.000 zu reduzieren. Dass es dafür bis heute kein Konzept gibt, ist nicht nur dem Rechnungshof aufgefallen. An die Stelle von Analysen und Planungen setzt die Staatsregierung lieber Anekdotisches: Unlängst verteilte das Wirtschaftsministerium die Werbekarte „Vorfahrt Sachsen“, in der sich Minister Morlok mit Infrastrukturprojekten brüstete, die von der EU finanziert wurden. Aue im Erzgebirgskreis fehlte darauf jedoch komplett. Wer nun befürchtet, die schwarz-gelbe „Staatsmodernisierung“ habe bereits ein erstes größeres Opfer gefordert, sei beruhigt: Wie ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann, steht meine langjährige Heimatstadt weiter am gewohnten Platz.

Einen Lichtblick gibt es aber doch. Die FDP-Idee vom „sächsischen Nationalmuseum“, die es sogar in den Koalitionsvertrag schaffte – obwohl die Sächsinen und Sachsen keine eigene Nation bilden –, wurde vom Finanzminister beerdigt. Das kann man getrost als gelungenen Akt der Staatsmodernisierung bezeichnen. Wer weiter nach guten Beispielen suchen will, sollte sich aber eine starke Lupe besorgen und seine Hoffnungen begrenzen.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Sachsen muss gentechnikfrei bleiben!

Gentechnisch veränderte Pflanzen gelten oft als Heilsbringer, die Erträge steigern und Ernten besser gegen Schädlinge rüsten könnten. In zahlreichen Ländern, insbesondere auf den amerikanischen Kontinenten, wird gentechnisch veränderter Mais schon seit längerem angebaut. Diskussionen zu Gen-Mais und Gen-Kartoffeln gibt es auch hierzulande. Seit 2009 werden in Deutschland keine genmanipulierten Pflanzen eingesetzt, seit 2009 besteht ein Anbauverbot für Mais der Sorte MON 810. Auch Frankreich, Ungarn, Österreich und Italien haben den Gen-Mais verboten. Spätestens seit den Verhandlungen zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, das wohl auch Verbraucherschutzstandards infrage stellen wird, weicht die Abwehrhaltung gegen gentechnisch veränderte Kulturen aus Übersee allerdings auf. So ist gentechnisch veränderter Mais inzwischen praktisch zugelassen, soll ab 2015 auch in Deutschland wachsen. Indes lassen Erfahrungen aus Brasilien an seiner Schädlingsresistenz zweifeln: Dort droht eine Raupenplage mehr als 30 % der Maisernte zu vernichten. Der Gen-Mais 1507 des Unternehmens Pioneer, der dort im dritten Jahr großflächig angebaut wird, sollte eigentlich über ein eingebautes Insektengift verfügen, das die Raupen abtöten sollte. Letztere gedeihen jedoch prächtig. Nun stehen vor allem Kleinbauern vor Einnahmeverlusten, zumal das Saatgut bereits sehr teuer

war. Teure Insektizide sind notwendig, bei deren Beschaffung Pioneer – wen wundert's – keine Unterstützung leisten muss. Solche Zustände sind auch für Sachsen alles andere als wünschenswert. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag formuliert: „Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an“. Ob dieses Bekenntnis tatsächlich etwas wert ist, muss allerdings bezweifelt werden. Denn anstatt klare Kante gegen Gen-Pflanzen zu zeigen, hat sich Deutschland in Debatten auf EU-Ebene stets der Stimme enthalten. Auch die sächsische Staatsregierung hüllt sich in beredtes Schweigen, weshalb die Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „Gentechnikfreie Region Sachsen – Minister Kupfer soll Farbe bekennen!“ beantragte. **Kathrin Kagelmann, agrar- und tierschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE**, verwies auf laufende Debatten zur Zulassung grüner Gentechnik. Es gebe Zweifel daran, ob die nationalen Anbauverbote rechtssicher seien. 1,2 % der EU-Anbaufläche sind derzeit mit dem Anbau gentechnisch veränderter Kulturen belegt. Dieses Bollwerk gelte es zu halten, allen Forderungen aus Übersee, Verbraucherschutzstandards abzusenken und den europäischen Markt für genma-

nipulierte Pflanzen zu öffnen, zum Trotz. Da die Bundesregierung nicht aktiv geworden sei, habe es zahlreiche Initiativen anderer EU-Staaten und deutscher Bundesländer gegeben, um dafür zu sorgen, dass Deutschlands Felder gentechnikfrei bleiben. „Bayern, Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen sind gleich dem Netzwerk ‚Gentechnikfreie Regionen in der EU‘ beigetreten. Und was macht Sachsen? Nichts! Sachsen dackelt der Bundesregierung hinterher – zumindest bis jetzt“, kritisierte Kagelmann. Sie forderte ein klares Wort von Umweltminister Frank Kupfer (CDU): „Wie halten Sie es mit der Gentechnik in Sachsen?“ Dieser bekannte, sehr viel von grüner Gentechnik zu halten. „Zumindest mit dieser Staatsregierung kommen wir in Sachen Gentechnikfreiheit keinen Schritt weiter. Ich halte das mit Hinblick auf die große Ablehnung durch die Bevölkerung für tragisch“, reagierte Kagelmann. Die ethische Verantwortung für die Vielfalt auf unserem Planeten verlange es, die Folgen einer Technologie wissenschaftlich abzuschätzen. Das geschehe nur unzureichend. „Wir wollen Gentechnik weder auf den Tellern noch im Trog“, so Kagelmann. Produkte von Tieren, die mit genmanipulierten Pflanzen gefüttert wurden, müssten europaweit gekennzeichnet werden. Gesunde und regionale Kost solle also auf sächsische Tische – Genmanipulation bringe mehr Unheil als Heil.



Die Farce geht weiter

Am 19. Februar 2011 demonstrierte der **Landtagsabgeordnete Falk Neubert (DIE LINKE)** friedlich und gewaltfrei gegen einen geplanten Naziaufmarsch in Dresden. Die Staatsanwaltschaft Dresden leitete ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ein, das sich jahrelang hinschleppte. Nun hat das Amtsgericht Dresden den Politiker zu einer Geldstrafe von 1.500 Euro verurteilt. Falk Neuberts erste Reaktion: „Ich bin auch weiterhin entschlossen, gegen die Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Protests gegen Nazis in Sachsen zu kämpfen. Wir werden das Urteil so nicht stehen lassen.“ Neuberts Anwalt André Schollbach kritisierte, dass sich das Gericht in seiner mündlichen Urteilsbegründung mit der Sache nicht argumentativ auseinandergesetzt habe. Er werde nun Rechts-

mittel einlegen, das letzte Wort sei noch nicht gesprochen. Neubert hatte zur Eröffnung der Hauptverhandlung erklärt, dass er davon ausgehe, dass sein Verhalten im Februar vor drei Jahren vom Ver-

sammlungsgesetz gedeckt gewesen sei. Der Abgeordnete ist seit vielen Jahren antifaschistisch engagiert, unter anderem wiederholt als Anmelde-der des „Mahngangs Täter Spuren“ des Bündnisses „Dresden Nazifrei“.



Foto: Max Kreisshmar

Die Menschen hinter dem Staats-Etat sehen!

Der Haushaltspolitik wird gemeinhin zugeschrieben, dass sie sich nur mit kalten, nackten Zahlen beschäftigt. Das stimmt freilich nicht, haben doch alle Finanzentscheidungen zumindest indirekt Auswirkungen auf das Leben der Menschen im Freistaat. Deutlich wird dieser Einfluss beispielsweise in der Geschlechterpolitik. Mit ihrem Antrag „Voraussetzungen für die Förderung einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter im Bereich des Staatshaushaltes in Sachsen schaffen“ (*Drucksache 5/13809*) plädierte die Fraktion DIE LINKE für eine Berücksichtigung gleichstellungspolitischer Belange bei der Haushaltsaufstellung (Gender Budgeting). Damit wird schlichtweg die Frage aufgeworfen, wie Haushaltspolitik auf das Verhältnis der Geschlechter wirkt. Dazu werden Einnahmen und Ausgaben bei der Aufstellung, Ausführung und Rechnungslegung des Haushaltes sowie bei allen haushaltsbezogenen Maßnahmen auf ökonomische Effekte für Frauen und Männer sowie auf die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse untersucht.

Der Freistaat Sachsen hat bislang keine res-

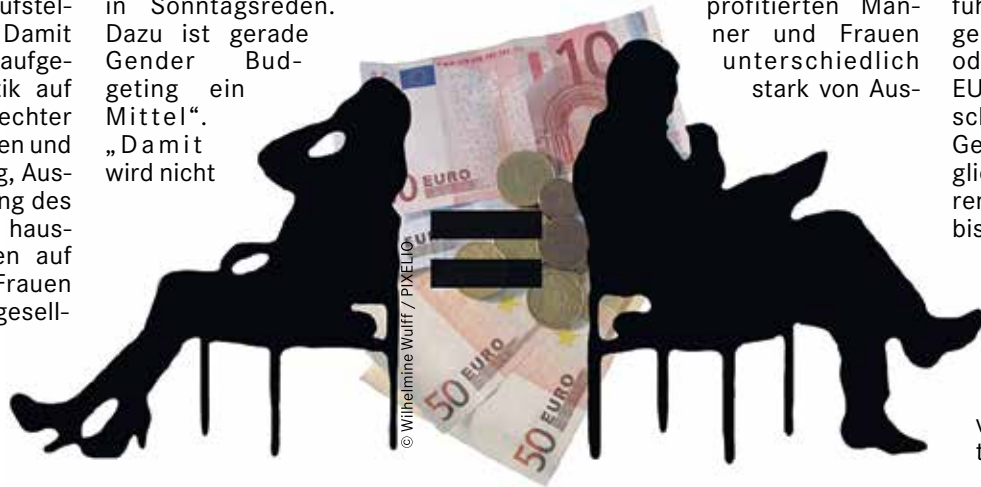
sortübergreifende Gender Budgeting-Strategie entwickelt. Deshalb wollte die Fraktion DIE LINKE die Staatsregierung verpflichten, mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 stufenweise die Voraussetzungen dafür zu schaffen und eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe mit wissenschaftlicher Begleitung einzurichten. **Heiderose Gläß, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE**, gab ein klares Ziel aus: „Wir wollen, dass auch die öffentliche Hand stärker als bisher zu einer Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft beiträgt, und das nicht nur auf Internetseiten und in Sonntagsreden. Dazu ist gerade Gender Budgeting ein Mittel“. „Damit wird nicht

versucht, die Haushaltsführung des Freistaates Sachsen in Gefahr zu bringen und Tausende von Mitarbeitern mit sinnlosen Tätigkeiten zu beschäftigen“, ergänzte der **finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Sebastian Scheel**.

Damit es funktioniert, müsse allerdings eine geschlechterdifferenzierte Datenerhebung in der öffentlichen Statistik eingeführt werden, so Gläß. In Sachsen gebe es für zahlreiche Politik- und Lebensbereiche keine oder nur wenige Daten, die die Geschlechter getrennt betrachten. Allerdings profitierten Männer und Frauen unterschiedlich stark von Aus-

gaben, trügen unterschiedlich stark zu Einnahmen bei, seien unterschiedlich stark von Einsparungen betroffen, so Gläß. Haushaltsentscheidungen könnten bestehende Geschlechterrollen verfestigen oder verändern. So sei es nicht gleichgültig, welche Betriebe öffentliche Gelder erhielten, welche Studienrichtungen und Fachbereiche einer Hochschule erhalten blieben oder abgewickelt würden oder welche Sportarten mit welchem Maß an staatlicher Förderung rechnen könnten.

Zahlreiche andere Bundesländer, viele Kommunen und auch die EU führen derzeit eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung ein oder praktizieren sie bereits. Die EU-Finanzministerkonferenz hat schon 2002 beschlossen, dass Gender Budgeting in den Mitgliedsstaaten bis 2015 einzuführen sei. Passiert ist in Sachsen bisher nichts. Die Ablehnung des Antrages durch die schwarzgelbe Mehrheit illustrierte anschaulich, dass sich daran auch nichts ändern soll. Offenbar ist es für manche Fraktionen nicht selbstverständlich, die Menschen hinter den Zahlen zu betrachten.



70 Jahre nach 1945: Weiter zu sowjetischen Kriegsgefangenen forschen!

Das faschistische Deutschland führte gegen die Sowjetunion einen rassistischen Vernichtungskrieg. Dabei war der Tod von Millionen Menschen zynisch einkalkuliert – auch der von Kriegsgefangenen. So gerieten weit mehr als fünf Millionen Rotarmisten in deutsche Kriegsgefangenschaft. Mindestens 3,3 Millionen kamen um, auch in Sachsen: Allein im Kriegsgefangenenlager Zeithain bei Riesa starben zwischen

1941 und 1945 etwa 30.000 Kriegsgefangene. Viele Überlebende litten auch nach ihrer Befreiung weiter, da sie als „Vaterlandsverräter“ in Stalins Arbeitslager kamen. Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen ist deshalb erst seit 1990 Teil der deutschen Erinnerungskultur.

Seit 2000 arbeitet die Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten im Auftrag der Bundesregierung daran, diese Schicksale aufzuarbeiten. Im Rahmen dieses Projektes entstand eine Datenbank, die Informationen zu etwa 900.000 Personen enthält. Daraus können Angehörige, Aufarbeitungsinitiativen oder staatliche Stellen Auskünfte erhalten. Etwa die Hälfte des vorhandenen Archivmaterials ist so bereits erforscht. Diese Arbeit ist wichtig, denn Völkerverständigung kann nur gelingen, wenn historische Schuld aufgearbeitet und dokumentiert wird.

Allerdings hat der Bund nur bis Ende 2014 zugesagt, die notwendigen Mittel bereitzustellen. Dabei ist klar, dass diese Zeit bei weitem nicht ausreicht, um die Arbeit abzuschließen. Es wäre ein fatales Signal, wenn das Projekt auf halbem

Wege stehen bliebe. Die Fraktion DIE LINKE setzte sich deshalb mit einem Antrag (*Drucksache 5/11418*) dafür ein, dass das sächsische Forschungsprojekt zur Schicksalsklärung sowjetischer Kriegsgefangener fortgesetzt wird. Gemeinsam mit der Bundesregierung und basierend auf Haushaltsmitteln des Freistaates soll die Forschungs- und Beratungsarbeit auch nach 2015 weitergehen.

Die Staatsregierung verwies darauf, dass der Bund bislang einen Großteil der Kosten übernommen habe und es nicht zielführend sei, wenn das Land einspringe. **Dr. Volker Külow, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE**, ließ dieses Argument allerdings nicht gelten. Die Staatsregierung behandle die Dokumentationsstelle seit Monaten „nahezu stiefmütterlich“, ihre Stellenausstattung liege weit unter dem Bedarf. Der Eigenanteil der Stiftung Sächsische Gedenkstätten an Kosten für die Digitalisierung und Erfassung der Dokumente zeuge von wenig Engagement. Kulturministerin Sabine von Schorlemer müsse für eine tragfähige Lösung sorgen. Külow unterbreitete Vorschläge für alternative Finanzierungsmöglichkeiten, die er bereits mit dem

Deutsch-Russischen Zentrum Sachsen e.V. und dessen russischen Partnern besprochen habe. So sei es denkbar, ehrenamtliches Personal im „Bundesfreiwilligendienst“ oder im „Freiwilligen Sozialen Jahr“ einzusetzen. Im Rahmen des Programms „Weltoffenes Sachsen“ könne ein Mehrjahresprojekt initiiert werden, das ein gemeinnütziger Verein tragen könne. Vielleicht stünden auch Unternehmen aus Deutschland und Russland als Sponsoren bereit.

„Es darf nicht das Ergebnis von mehr als 14 Jahren Arbeit und annähernd vier Millionen Euro Steuergeld sein, dass eine Projektruine entsteht. Würden Auskünfte nicht mehr gegeben, wäre das ein fatales Signal an die Familien der Toten und Vermissten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion“, so Külow.

Die Mehrheit des Landtages lehnte den Antrag allerdings ab. Damit droht dem Freistaat zum Jahresende eine geschichtspolitische Blamage. Die Staatsregierung muss den Fortgang dieses wichtigen Projektes der deutsch-russischen Erinnerungskultur ermöglichen. Die Angehörigen von hunderttausenden Opfern der deutschen Kriegsmaschinerie haben darauf ein Anrecht.



Neue Schulschließungen drohen

Die Zahlen beeindrucken und bestürzen zugleich: Seit dem Schuljahr 1992/1993 sind in Sachsen 1126 von einstmalig 2491 Schulen geschlossen worden. Insbesondere längere Schulwege machen jungen Menschen auf dem Lande zu schaffen. Für die Kosten müssen vielerorts die Eltern aufkommen, weil sich CDU und FDP hartnäckig weigern, die Elternanteile abzuschaffen. Gerade einkommensschwache Elternhäuser sind damit schnell überfordert.

In einem zeitgemäßen Schulsystem müssen jedoch alle Heranwachsenden gleichermaßen gute Bildungschancen bekommen. Auf den ersten Blick banal, aber eigentlich fundamental ist dabei die Frage, wie viele Schulen ein Staat seiner Bevölkerung zur Verfügung stellt. Sachsen braucht ein möglichst flächendeckendes und engmaschiges Schulnetz. Die Schulschließungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die maßgeblich von der CDU vorangetrieben wurde, hat besonders im

ländlichen Raum große Lücken in dasselbe gerissen.

Um weitere Schließungen möglichst zu verhindern, will die Fraktion DIE LINKE eine Reihe von Änderungen am Schulgesetz vornehmen. Dazu hat sie den Entwurf für ein „Gesetz zur Sicherung wohnortnaher Schulstandorte und Bildung im ländlichen Raum“ (Drucksache 5/12794) eingebracht. Änderungen betreffen dabei die bisherigen Regelungen zur Klassenbildung, zur Mindestzügigkeit von Schularten – also zur Frage, wie viele Klassen einer Klassenstufe gebildet werden müssen – sowie zur Schulnetzplanung. So soll es den Schulträgern gestattet werden, Grundschulen bereits ab einer Mindestschülerzahl von 10 und weiterführende Schulen ab 15 pro Klasse zu halten. Einzügige Mittelschulen sowie zweizügige Gymnasien sollen möglich werden. Der Klassenteiler soll in Grundschulen auf 20 und in weiterführenden Schulen auf 25 reduziert werden. Auch Schulverbände und eine nötigenfalls jahrgangsübergreifende

Klassenbildung sollen Schulstandorte erhalten helfen.

Bei CDU und FDP stieß die Initiative auf taube Ohren, was **Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE**, kritisierte: „Obwohl CDU und FDP, allen voran der Ministerpräsident, im Wahlkampf keine Gelegenheit auslassen, öffentlich zu verbreiten, in Sachsen keine Schulen mehr schließen zu wollen, haben sie unseren Gesetzesvorstoß abgelehnt. Das Schulsterben in Sachsen geht also weiter“. Für das kommende Schuljahr 2014/2015 zeichneten sich bereits neue Schulschließungen ab. So komme das Ende für die Mittelschule in Seiffhennersdorf sowie für die Grundschulen Oberlosa/Plauen, Mittelbach/Chemnitz und Heidelberg/Aue. Auch die Grundschule Weßnig/Torgau galt als gefährdet; allerdings erklärte die Ministerin nach Intervention der Fraktion DIE LINKE, dass sie doch vorerst erhalten bleiben soll. Die Schadensbilanz wird dennoch fortgeschrieben.



Plenarspiegel Mai 2014

Am 21. und 22. Mai 2014 fanden die 96. und die 97. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte:

„Gentechnikfreie Region Sachsen – Minister Kupfer soll Farbe bekennen!“

Gesetzesentwürfe:

– „**Gesetz zur Sicherung wohnortnaher Schulstandorte und Bildung im ländlichen Raum** (Sächsisches Schulstandort-sicherungsgesetz – SächsSchulSichG)“ (Drs 5/12794)

– „**Gesetz zur Regelung der Kostenfreiheit der Schülerförderung** für Eltern und Schüler in Sachsen (Sächsisches Schulwegkostenfreiheitsgesetz – SächsSchulKostFreihG)“ (Drs 5/14109)

Anträge:

– „Voraussetzungen für die Förderung einer tatsächlichen **Gleichstellung der Geschlechter im Bereich des Staatshaushaltes** in Sachsen schaffen“ (Drs 5/13809)

– „Sächsisches Forschungsprojekt zur **Schicksalsklärung von sowjetischen Kriegsgefangenen** des Zweiten Weltkrieges fortsetzen“ (Drs 5/11418)

Entschließungsantrag:

zu Drs 5/2155 „Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 54 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen zum Thema: ‚Untersuchung der Versäumnisse und Fehler der Staatsregierung bei Konzipierung, Organisation, Planung und Absicherung einer vorrangig auf Abfallvermeidung, Ressourcenerückgewinnung und Nachhaltigkeit ausgerichteten Abfall-Kreislaufwirtschaft sowie einer funktionierenden Verwaltung und Überwachung der umweltverträglichen Verwertung und Beseitigung von Abfällen in Sachsen (Abfall-Misstands-Enquete)“ (mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drs 5/14480)

Auf Empfehlung der Ausschüsse lehnte die Mehrheit im Plenum diese Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Abfall-Recherchen: Fehler erwiesen

Untersuchungsausschüsse gelten oft als das „schärfste Schwert der Opposition“. Spätestens, wenn das Ende einer Wahlperiode naht, ist es Zeit für Bilanzen und Konsequenzen. Als erster der drei Untersuchungsausschüsse (UA) dieser Wahlperiode hat nun der 1. UA „Abfall-Misstands-Enquete“ seine Arbeit beendet. Anlass für seine Einrichtung waren einst „schwarze Schafe“ in der Abfallbranche, die in und aus Sachsen heraus illegale Müllgeschäfte tätigten. Der Ausschuss sollte klären, „welche Strukturen“ dieses Fehlverhalten „ermöglicht oder sogar begünstigt haben“, wie die langjährige stellvertretende Vorsitzende **Andrea Roth (Fraktion DIE LINKE)** bei dessen Einsetzung 2010 formulierte. Dass sich die sächsische Abfallwirtschaft strukturell fehlentwickelt hat, wird insbesondere an zu hohen Kapazitäten in der Abfallbeseitigung deutlich. So sind einige Verwertungsanlagen und Deponien – etwa jene in Cröbern – deutlich überdimensioniert und deshalb nicht ausgelastet. Gebaut wurden sie mit Genehmigung und unter der Aufsicht der zuständigen Behörden. Die Zeche zahlen die Einwohnerinnen und Einwohner über steigende Abfallgebühren.

Dr. Jana Pinka, stellvertretende Ausschussvorsitzende, verwies in der Debatte auf Halbwahrheiten und Widersprüche, die der Ausschuss aufgedeckt habe. An drei Beispielen wies sie nach, dass der Abschlussbericht der CDU-geführten Ausschussmehrheit – anders als abweichende Voten der Minderheit – die Erkenntnisse falsch darstelle. So behauptete er, dass Behörden „unverzüglich“ gehandelt hätten, wenn Fehlverhal-

ten festgestellt worden sei. Allerdings sei eine Anzeige gegen die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (WEV) wegen rechtswidriger Abfallverbringungen erst knapp anderthalb Jahre nach Beginn des Tatzeitraums erstattet worden, obwohl die Behörden bereits seit elf Monaten informiert waren.

Zweitens, so der Mehrheitsbericht, halte sich „die weit überwiegende Mehrheit der Unternehmer an die gesetzlichen und sonstigen Regelungen“. Das sei „nicht nachvollziehbar“, so Pinka: „Wie können Sie das beweisen? Schließlich haben wir nur eine Handvoll Unternehmen betrachtet und bei all diesen als ‚Entsorgungsfachbetrieb‘ zertifizierten Unternehmen diverse Misstände nachweisen können“. Der von der CDU verantwortete Teil des Berichts kommt zudem zu dem Schluss, dass „sowohl die Zentraldeponie Cröbern als auch die Mechanisch-Biologische Abfallbehandlungsanlage am gleichen Standort nicht überdi-

mensioniert sind“. Laut Pinka laufe die Müllbeseitigungsanlage jedoch seit geraumer Zeit nur im 1-Schicht-Betrieb, da die Abfälle fehlten.

Insgesamt seien die zuständigen Behörden wegen überbordender Aufgabenzuweisungen teilweise nicht in der Lage gewesen, ihre Pflichten sachgerecht zu erfüllen. Maßnahmen seien teilweise erheblich verspätet eingeleitet worden, der Informationsaustausch in den Behörden sei mangelhaft gewesen. Wenn die CDU die Schuld pauschal auf die Unternehmen der Abfallwirtschaft abwälze, sei das ein „durchsichtiger Schachzug“, so Pinka.

Fehler, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Bereich der Abfallwirtschaft gemacht wurden, kosteten den Freistaat noch lange Geld, so Pinka. Die bitterste Folge seien Gebührenerhöhungen, die allein die Bevölkerung belasten. Dass die CDU auch dies abstreite, konnte angesichts gegensätzlicher Wahrnehmungen von vier Jahren Untersuchungsarbeit aber nicht weiter überraschen.



Die neue soziale Dimension des Wohnens

Der Freistaat Sachsen steckt mitten im demografischen Wandel und steht vor enormen Herausforderungen in der Wohnungspolitik. Die Erfahrungen und Konzepte, die hier gemacht und ausprobiert werden, sind auch für weite Teile Westdeutschlands und der westlichen Industriestaaten interessant. Diese werden Prognosen zufolge zeitversetzt mit diesen Phänomenen konfrontiert sein.

Der starke Bevölkerungsrückgang Sachsens – die Staatsregierung geht von einem Rückgang um 8,3 % bis 2020 aus – wird sich nicht gleichmäßig vollziehen. Es gibt Wachstumsstädte wie Leipzig und Dresden. Dagegen wird vor allem im ländlichen Raum die Bevölkerungszahl weiter zurückgehen. Diese Widersprüchlichkeit zieht sich auch durch den Wohnungsmarkt. Experten sprechen dabei von einer zweiten Leerstandswelle mit weiteren gut 100.000 leerstehenden Wohnungen bis 2020 und zugleich einem deutlichen Neubaubedarf in Ballungszentren. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, muss einerseits der Neubau sozialverträglich erfolgen, ohne dass es zu Verdrängungsprozessen kommt, andererseits müssen schrumpfende Regionen mit einem ausreichenden Maß an Infrastruktur, Nahversorgung und Daseinsvorsorge stabilisiert werden.

Dem Rückgang der Einwohnerzahl steht die zunehmende Alterung der Bevölkerung gegenüber. Zwar steigt mit der Alterung nicht automatisch der Pflegebedarf, dennoch wird die Nachfrage nach barrierefreiem bzw. -armem Wohnraum massiv steigen. Das Forschungsinstitut empirica geht von einem jährlichen Mehrbedarf von ca. 3.000 „senioren-gerechten“ Wohnungen bis 2025 aus. Diesen Bedarf zu befriedigen, stellt die Wohnungsunternehmen vor enorme Probleme. Die allgemeine Einkommensentwicklung in Sachsen (laut Statistischem Landesamt liegt das durchschnittliche Arbeitseinkommen in Sachsen ca. 700 Euro unter dem im Westen) und eine zunehmende Altersarmut, hervorgerufen durch gebrochene Erwerbsbiografien, Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen, lassen einen Mietpreis nicht zu, der notwendig wäre, um altersgerechte Umbaumaßnahmen durch Mietumlagen zu finanzieren. Zwar fördert der Freistaat Sachsen das sogenannte Mehr-

generationenwohnen, doch ist eine besser abgestimmte und höhere Förderung sowie eine Ausweitung auf den ländlichen Raum dringend notwendig, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden.

Ähnlich verhält es sich mit der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, dem Klimawandel und dessen Auswirkungen zu begegnen. Laut Zielsetzung der Bundesregierung soll der

Wärmebedarf im Wohngebäudebereich bis 2020 um 20 % gesenkt werden. In Sachsen wird trotz zurückgehender Einwohnerzahlen dieses Ziel verfehlt. Das liegt wie beim barrierefreien Umbau maßgeblich an den fehlenden Möglichkeiten, Sanierungsmaßnahmen privatwirtschaftlich über Mieten zu refinanzieren. Zu den drei grob umrissenen Problemfeldern soziale Wohnungspolitik, barrierefreies Wohnen und energetische Modernisierung führt die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag am **14. Juni 2014** eine **Wohnungspolitische Konferenz** durch. Mit Wissenschaftler_innen, Fachpolitiker_innen, Vertreter_innen der Wohnungswirtschaft und der Sozialverbände sowie mit der interessierten Öffentlichkeit werden konkrete Handlungsbedarfe und mögliche Lösungen diskutiert. Auch für die Kommunen ist dies ein wichtiges Thema. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Wohnungspolitische Konferenz: „Die neue soziale Dimension des Wohnens“, 14.06.2014, Beginn: 10 Uhr. Sächsischer Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, Räume A 400, A 435, A 498. Weitere Informationen auf www.linksfraktion-sachsen.de



© Dieter Schütz / PIXELIO

Ist die Freiwillige Feuerwehr in Sachsen noch zu retten?

Feuerwehrkameradinnen und -kameraden sind dafür bekannt, anzupacken, sich für andere zu engagieren. Sie sind wirkliche Kümmerer, und das im Ehrenamt. Doch offensichtlich kümmert sich kaum jemand um sie und ihre Probleme. Ist die Freiwillige Feuerwehr noch zu retten? Die Fraktion DIE LINKE beschäftigt sich seit langem mit der Situation der vielen ehrenamtlichen Brandbekämpferinnen und Brandbekämpfer, hat unter anderem einen Gesetzesentwurf (Drucksache 5/11701) vorgelegt, mit dem eine eigene zusätzliche Altersversorgung für ehrenamtliche Feuerwehrmänner und -frauen (Feuerwehrrente) aufgebaut werden soll. Damit hätte

sich ein einstiges Wahlversprechen von Ministerpräsident Tillich umsetzen lassen. Es wird sich zeigen, ob die Mehrheit des Landtages bereit ist, dieses Anliegen des Regierungschefs zu unterstützen.

Die Altersversorgung stellt allerdings nur einen Teilaspekt der Probleme der Freiwilligen Feuerwehren dar, wie eine Fachanhörung der Fraktion im Mai zeigte. Daran hatten Kameradinnen und Kameraden mehrerer sächsischer Feuerwehren teilgenommen, vom Kreisbrandmeister bis zum Wehrleiter. Wie Schwierigkeiten beschrieben wurden, gab zu denken. Warmherzige Worte von Politikern habe man säckeweise im Keller. Zur Realität

gehörten aber eine flächendeckend fehlende Einsatzbereitschaft und fehlende Ehrlichkeit von Seiten der Verantwortlichen im Umgang mit dieser Tatsache. Hinzu komme fehlender Sach- und Fachverstand auf höheren Entscheidungsebenen. Außerdem gebe es im Bereich der Feuerwehren im Freistaat Sachsen keine statistische Datenerhebung. Genannt wurden weiterhin auch die Ablehnung der Rauchmelder-Pflicht durch den Sächsischen Landtag und fehlender Feuerwehr-Nachwuchs.

Im Ergebnis des Abends war man sich über notwendige Maßnahmen einig. So bedarf es gravierender Strukturveränderungen, einer belastbaren und ehrlichen Feuerwehr-Statistik sowie einer Überarbeitung des Sächsischen Brandschutz- und Rettungsgesetzes. Die Entschädigungsleistungen für Arbeitgeber müssen erhöht, das Ehrenamt stärker als bisher gewürdigt werden. Sachsens Freiwillige Feuerwehren müssen auskömmlich finanziert werden, wobei auch ein größeres Engagement des Freistaates notwendig ist.

Unsere Feuerwehren taugen nicht als Wahlkampfthema. Alle demokratischen Fraktionen müssen an einen Tisch, um die Probleme zu lösen. Auch deshalb wird die Fraktion DIE LINKE den Hilferuf der Kameradin-

nen und Kameraden im parlamentarischen und außerparlamentarischen Bereich intensiver auf die Tagesordnung setzen. Als Sofortinitiative werden wir in den bald anstehenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2015/2016 entsprechende Änderungsanträge platzieren und die ausstehende Verordnung zur Einführung einer belastbaren Statistik einfordern. Ziel muss es sein, dass die Freiwillige Feuerwehr im Ehrenamt auch im 21. Jahrhundert die übertragenen Aufgaben lösen kann, im Interesse der Sicherheit von uns allen.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



© M. Großmann / PIXELIO